

## Der Petersberger Klimadialog in Zeiten der Corona-Pandemie

*Standpunkt*

Gedanken über dessen Bedeutung für die Partizipation und Demokratie in Deutschland und Europa

*Achim Hertzke*

Der Petersberger Klimadialog (PKD) (1) wurde 2010 nach dem gescheiterten Klimagipfel von Kopenhagen auf Initiative von Deutschland ins Leben gerufen. Ziel war es, den Klimaschutzprozess auf internationaler und zwischenstaatlicher Eben neu zu beleben. Immer wieder ging es beim PKD um den Zweiklang »Handeln und Verhandeln«. Neben den jeweils aktuellen verhandlungsbezogenen Aspekten, wie z.B. ein Zeitplan zur Vorlage der geplanten Beiträge der Länder zum neuen globalen Klimaabkommen, standen daher auch umsetzungsnahe Themen auf der Tagesordnung, wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine Umlenkung der Finanzflüsse hin zu nachhaltigen Investitionen oder Maßnahmen zur Umsetzung einer sozial gerechten Klimapolitik (»Just Transition«) (2). In 2020 hat am 27. und 28. April der Petersberger Klimadialog per Videokonferenz stattgefunden.

Angesichts des großen Schlagschattens der Covid-19-Pandemie erklärte Bundeskanzlerin Merkel im April 2020: »Je mehr wir gemeinsam handeln, umso besser können wir menschliches Leid und wirtschaftliche Verwerfungen vermeiden« (3). Nach den jetzigen Projektionen wird menschliches Leid auch nachhaltig in Folge der zunehmenden Auswirkungen der klimawandelbedingten Veränderungen unseres Planeten entstehen. Gemeinsames Handeln zur Vermeidung und Bewältigung könnte durch weiterentwickelte, demokratische Beteiligungsformen entstehen. Daher stelle ich die Frage:

Ist mehr Partizipation der Ausweg aus der sich zuspitzenden Klimakrise?

Der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber fordert von der Politik rasche Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels.

Hans Joachim Schellnhuber: Wir »haben nur noch zehn Jahre Zeit. Technisch, physikalisch und selbst wirtschaftlich können wir die Begrenzung noch erreichen«. (4)

Der Faktor Zeit ist aus meiner Sicht für vielseitig gestaltete Beteiligungsformen stets eine Herausforderung. Und auch ein möglicher Schwachpunkt, sobald sich krisenhafte Züge eines Ereignisses herausbilden. Reflexartig zeigt sich derzeit die irritierende Ambivalenz des Menschen zwischen den Wünschen nach verlässlicher Richtungsvorgabe und persönlicher Freiheit.

Alexander Mäder: Alles einem einzigen politischen Ziel unterzuordnen, ist gegen unsere pluralistische Demokratie gerichtet. Gilt das auch für das Ziel, die Emissionen jetzt endlich radikal zu senken? (5)

Den Hinweis auf »mehr Partizipation« könne man nicht ernst meinen, höre ich schon als Einwand, denn der demokratische Ausgleich der Interessen dauere ja viel zu lang. Zudem fehlt vielen engagierten Bürger/innen aufgrund des defizitären Handelns der Bundesregierung in der Vergangenheit das Vertrauen in die Politik, den Klimaschutz voranzubringen. Das soeben beschlossene Konjunkturprogramm ist vielen Klimaschutzakteuren zu wenig ambitioniert. »Es fehlt der ökologische Wumms«, bringt Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) es auf den Punkt (6).

Doch wir sollten meiner Ansicht nach die Kraft der demokratischen Verfahren nicht geringschätzen – und wir müssen unsere eigene Rolle darin sehen. Wenn sich Menschen an einen Tisch setzen, die wirklich an einer Lösung interessiert sind, dann können sie in kurzer Zeit viel erreichen (7).

Ich glaube, genau dort liegt das Bindeglied zur Partizipation, wie wir sie im Netzwerk Bürgerbeteiligung meinen und leben. Ich zitiere gern aus unseren Leitideen: Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ist ein elementarer Grundpfeiler der Demokratie. Darüber hinaus ist unsere Gesellschaft auf die Beteiligung der Bürger/innen angewiesen, um das Wissen und die Ansichten aller Akteure einzubeziehen und zukunftsweisende, nachhaltige Entscheidungen zu treffen (8).

»Das Neue entsteht im Denken« stellte Prof. Stefan Brunnhuber zu Beginn eines Interviews zur Veröffentlichung seines Buches »Die Kunst der Transformation – Wie wir lernen die Welt zu verändern.« fest. (9) Und dass wir vor massiven gesellschaftlichen Veränderungen infolge des Zusammentreffens verschiedener Krisen stehen, wird spätestens seit der Corona-Pandemie niemand mehr ernsthaft bezweifeln. »Klar ist ..., dass Viren die Entwicklungsgeschichte des Lebens enorm geprägt haben – und auch die Menschheitsgeschichte« (10).

Nach meiner Wahrnehmung kann uns aber kein ernsthafter Wissenschaftler die Gestalt einer transformierten Gesellschaft voraussagen, dennoch müssen wir uns auf den Weg machen. Deshalb benötigen wir das Wissen der Vielen und eine gute Beteiligungskultur, weil nur dann ein besseres Ergebnis für den Menschen- und Klimaschutz entstehen kann.

Geradezu analog dazu ging es bei den bisherigen Petersberger Klimadialogen immer wieder um den Zweiklang »Handeln und Verhandeln«. Der elfte Durchgang des Dialogs ist mit dem beachtlichen Bekenntnis zu einer klimafreundlich und solidarisch (sozial gerecht) gestalteten Klimapolitik zu Ende gegangen (11). Mich begeistert, dass er die verschiedenen Krisen sichtbar und miteinander in Verbindung gebracht hat, wie schon zuvor die Fridays for Future-Bewegung mit dem wohlbedachten Satz aus dem Herzen der nachwachsenden Generation: »We fight every crisis«.

Was bedeutet das aber für demokratisch orientierte Menschen in Deutschland – und damit komme ich zurück zu unseren partizipativen Beteiligungsmechanismen? Entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise ist besonders wirksam auf lokaler Ebene, in den Kommunen, der starken Ebene für Bürgerbeteiligung. Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (englisch Sustainable Development Goals, SDGs) wird von Bürgerinnen und Bürgern verstanden und gegenüber der Kommunalpolitik eingefordert.

In einem ostwestfälischen Ausschuss für Umwelt- und Ordnung konnte im erstmaligen Stream dieses Ringen um Veränderung live verfolgt werden: Die finanzielle und fachliche Förderung von sogenannten

»Balkon-Kraftwerken« (Photovoltaik insbesondere für Mietwohnungen), Zulassung von Solaranlagen an der Autobahn oder Subventionierung zur Anschaffung von Fahrrädern wurden abgelehnt. Dies insbesondere mit der Begründung einer drohenden Haushaltssperre und dem »Ausschluss von Mitnahmeeffekten«. Argumente, die altem Denken entsprechen, keine neuen Ideen zulassend. »Aber der aktuelle Mangel an finanziellen Ressourcen entbindet uns keinesfalls davon, wichtige Prozessanreize jetzt zu treffen, statt diese in die ungewisse Zukunft zu verlagern.«

Der Vertreter der Zivilgesellschaft dagegen sah in der beantragten Förderung ein wichtiges lokalpolitisches Signal und ein Format, mit dem jeder der Natur etwas zurückgeben könnte. Je mehr Menschen an der Energiewende teilhaben können, umso höher wird die Akzeptanz für dieses so wichtige Projekt. Wir benötigen deshalb eine echte Energiedemokratie und viel mehr Ideen und echte Teilhabe, wie z.B. Mieterstromprojekte, Energy Sharing, etc. Das heißt, Prozesse und Handlungen müssen bis zum Ende gedacht und dann entschieden werden.

Die beratende Stimme der Bürgerschaft im Ausschuss für Umwelt und Ordnung wurde zwar gehört, aber leider wurde ihr nicht gefolgt. Die repräsentative Demokratie hat ihre Aufgabe an dieser Stelle damit ausschließend wahrgenommen und im Ergebnis schlecht erfüllt – sozusagen nicht geliefert. Und dies in einer Stadt, deren Rat genau das im Juli 2019 beschlossen hat: »Der Rat berücksichtigt ab sofort bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. ... Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik ab.«

Nochmals im Klartext: Alle Bürgeranträge wurden abgelehnt. Als praktische Begründung wird die Diskrepanz von »Wissen, Wollen und Handeln« in der Bürgerschaft beklagt. »Die großen Hebel seien auf Bundesebene« äußerte die politische Verwaltungsspitze.

Deutschlands bekannte Energieökonomin Claudia Kemfert sieht dagegen »Chancen für Wandel, wenn wir anpacken«. »Die nächste Krise steht vor der Tür« (12). Der viel zitierte »große Hebel« liegt eben gerade in der Stadtgemeinde, auf kommunaler Ebene. Urbane Regionen, in denen schon über die Hälfte der 7,5 Milliarden Menschen weltweit leben, spielen laut einer neuen Studie der Koalition für Urbanen Wandel (CUT) eine zentrale Rolle beim Bekämpfen der Klimakrise. »Der Kampf um unseren Planeten wird in Städten gewonnen oder verloren werden«, so die Studie. Nach meiner Erfahrung in einem der größten Natur- und Umweltschutzverbände ist dies in unseren Kreis- und Ortsgruppen angekommen und wird vom Ehrenamt mit Herzblut und Engagement in vielfältigen Aktionen und Kampagnen umgesetzt.

# Klimaschutz trotz knapper Kassen

Umweltschutzverbände kritisieren den politischen Umgang mit klimarelevanten Anträgen.



*Achim Hertzke vom BUND in Gütersloh. Foto: Dirk Jansen*

**Gütersloh**(ost). Der Vertreter der heimischen Umweltschutzverbände hat erneut seine Sorge über eine verfehlte städtische Klimapolitik geäußert. Dass die Fraktionen im jüngsten Umweltausschuss alle

*Abb. 1: Neue Westfälische Zeitung, Gütersloh, 22.05.2020 (13)*

In meiner eigenen lokalen Funktion, als Sprecher einer Ortsgruppe des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) schaut dies dann auch durchaus so aus.

In Gütersloh scheint der kritische Diskurs immerhin eine politische Lösung anzusteuern. Der NRW- weit relativ seltene Gütersloher Klimabeirat soll laut Ratsbeschluss zu einem Gremium der Stadtgesellschaft für eine klimagerechte Stadtentwicklung weiterentwickelt werden. Seit Gründung bin ich der gewählte, stellvertretende Vorsitzende des Beirates und versuche, im Teamprozess und externer Beratung eine Transformation dieses besonderen Gremiums zu unterstützen. Das Spezifikum ist nämlich eine umgekehrte

Rollenverteilung. Die Bürgerschaft hat Stimmrecht, die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien dagegen ausnahmslos ein beratendes Mandat.

An diesem Beispiel sieht man, es braucht es viel mehr ernstgemeinte Partizipationsformen, damit die gesellschaftliche Transformation bundesweit und darüber hinaus international mehr Fahrt aufnimmt und den erforderlichen Effekt erzielen kann.

Dass ein Bewusstsein der breiten Bevölkerung längst da ist, stützt die gerade erschienene repräsentative Kantar-Umfrage im Auftrag des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) (14). Darin erklärten u.a. zwei Drittel der Befragten, die Politik müsse aus der Corona-Krise die Lehre ziehen, mehr für den Klimaschutz, den Naturschutz und das Gesundheitssystem zu tun. Zugleich erklärte in der Umfrage eine überwältigende Mehrheit, kommende Konjunkturprogramme müssten die Wirtschaft klima- und umweltfreundlicher gestalten. 91 Prozent stimmten dieser Aussage »sehr« oder »eher« zu.

Meine Eingangsfrage war: Ist mehr Partizipation der Ausweg aus einer sich zuspitzenden Klimakrise?

Das Onlineportal vom Spektrum Wissenschaft fragte ähnlich:



Lässt sich der Klimawandel noch demokratisch aufhalten?

Ja, sicher

Ja, wahrscheinlich

Unentschieden

Abb. 2: Onlineportal vom Spektrum Wissenschaft (4)

Ich persönlich stimme in beiden Fällen für: Ja, sicher!

Die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Reduktion führt nämlich schnell zu wirklich komplizierten Problemen, die wir nur im Dialog lösen können. Da stimme ich vollständig mit Alexander Mäder überein: »Globaler Klimaschutz ist so komplex, dass er sich wie alles andere auch nicht für eine Diktatur eignet.« (15).

Die zuweilen schutzbehauptete sogenannte Ökodiktatur kann das gar nicht liefern. Wer diese ausruft, dürfte eher das Problem nicht erfasst haben.

Auch wenn die »Hüter des Gestern hartnäckig sind«, das Neue ist längst da (16).

Mein Beitrag in diesem Newsletter soll in unser Netzwerk das Gefühl und den Impuls geben: Auch wir alle sind längst da und können gemeinsam ein wichtiger Hebel für demokratisch, fundierte Impulse zur Entwicklung und Veränderungen unserer Gesellschaft sein. Lassen Sie uns diesen Hebel bitte noch stärker bewegen und »ins Werk setzen«, mit all den verschiedenen Positionen und Befähigungen. Ich glaube, wir

befinden uns in Folge der Corona-Krise in einem »Ermöglichungsfenster« zur partizipativen Stärkung der Demokratie, auch um die Klimakrise so gut es eben noch geht zu bewältigen.

Das ist mein Wunsch, und möglicherweise haben wir auch bereits den einen oder anderen persönlichen Link zu Europa.

### Anmerkungen

---

(1) Der PKD (International ist die englische Bezeichnung Petersberg Climate Dialogue gebräuchlich) ist eine Serie jährlicher internationaler Konferenzen auf Ministerebene, die als Impulsgeber zur Vorbereitung der jährlichen UN-Klimakonferenzen dienen. Die informellen Gesprächsrunden von Vertretern ausgewählter Staaten dienen dem Ausloten möglicher Bündnisse. [1] Getragen werden die Konferenzen jeweils gemeinsam von Deutschland und dem Gastgeberland der bevorstehenden Klimakonferenz.

(2) <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/petersberger-klimadialog/10-jahre-pkd/>

(3) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/petersberger-klimadialog-1748020>

(4) dpa-infocom GmbH

(5) Mäders Moralfragen, Spektrum.de 03.09.2019

(6) Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Interview, DLF 04.06.2020

(7) Mäders Moralfragen, Spektrum.de 03.09.2019

(8) <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/leitidee-netzwerkorganisation/>

(9) <https://werteundwandel.de/inhalte/das-neue-entsteht-im-denken-interview-mit-stefan-brunnhuber/>

(10) © wissenschaft.de - Martin Vieweg 20. März 2020

(11) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/petersberger-klimadialog-1748020>

(12) Gero Rueter in DW, 01.04.2020

(13) Neue Westfälische Zeitung Gütersloh, 22.05.2020

(14) Mehrheit der Deutschen für konsequenten Klimaschutz - trotz Corona, Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 2020, 18:22 Uhr <https://www.sueddeutsche.de/wissen/corona-klimaschutz-umfrage>, von Christopher Schrader

(15) Mäders Moralfragen, Spektrum.de 03.09.2019

(16) The Guardian 18.03.2020, sowie Georg Dietz in Zeit Online, 10.04.2020

(17) NW Gütersloh, 13.05.2020

### **Autor**

---

Achim Hertzke, Diplomverwaltungsbeamter, ist Mitglied im Landesvorstand des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) NRW e.V., Düsseldorf, Sprecher Landesarbeitskreis Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, Mitglied des Vorstandes des NRW-Forschungskollegs »Online-Partizipation«, Mitglied des Netzwerkrates und der Lenkungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung

### **Kontakt**

Mail: [achim.hertzke@bund.net](mailto:achim.hertzke@bund.net)

Tel.: 05241 5059291

### **Redaktion eNewsletter**

---

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de](mailto:newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de)